

MORITZ CSÁKY

VON DER AUFLÄRUNG ZUM LIBERALISMUS

Wien, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1981. 272 S.

Die Jahrzehnte um 1800 setzten das Programm der bürgerlichen Umwälzung im ganzen Europa auf die Tagesordnung: der Beginn der industriellen Revolution, die Verbreitung der Ideologie der späten Aufklärung und der bürgerlichen Revolution hatten die teilweise Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse, die Modifizierung der politischen Strukturen zur Folge. Die Auflösung des Feudalismus kam in ihre letzte Phase, und die mit ihr verbundenen Wandlungen des Bewußtseins zeigten sich besonders in der Sphäre der Kultur.

Die sich entfaltende Krise der Modernisierung analysiert Csáky am Beispiel Ungarns, um auf diese Weise die sich im 20. Jahrhundert weit verbreiteten Ansichten zu widerlegen, nach denen die Zeit zwischen 1795 und 1825 eine tote Phase der ungarischen Geschichte, die Periode einer allgemeinen Stagnation war. Er konzentriert vor allem auf die politische Denkweise, auf deren gesellschaftlich-politisches Bedingungssystem und auf die Kultur, unternimmt jedoch keine eingehende Analyse der Wirtschaft, weil das nicht in die Hauptrichtung seines Werkes fällt und weil er sich keiner größeren Diskussion anschließen will. Sein wichtigstes Ziel ist die Darstellung der Entwicklung der ungarischen Ideengeschichte innerhalb der europäischen Zusammenhänge, und die Betonung der speziellen heimischen Gegebenheiten.

Der erste Teil untersucht die politische und gesellschaftliche Struktur Ungarns. Csáky überblickt die mittelalterliche Entwicklung des Landes mit beispielhafter Prägnanz, derart, daß er infolge der Berücksichtigung der Gesichtspunkte der Universalgeschichte grundlegend neue Zusammenhänge erschließt und ihre Authentizität auch überzeugend beweist. Seiner Meinung nach charakterisierte die ungarische Gesellschaft um 1800 solche strukturellen Merkmale, die sich in der frühen Neuzeit herausgebildet und im Kampf für die staatliche Existenz bis zum 19. Jahrhundert bewahrt hatten. In ihrem Ständesystem nahm die Schlüsselposition der Adel ein, der diejenigen Funktionen von der Aristokratie übernahm, die im Westen dem

Bürgertum zufielen. Gleichzeitig damit stabilisierte sich die Rechtlosigkeit des Bauerntums, obwohl seine Lebensverhältnisse im Vergleich zu den Bauern der benachbarten Länder noch immer günstig waren.

Ungarn genoß innerhalb des Habsburgerreiches eine auf die ständischen Privilegien gegründete Autonomie. Die Ständeversammlung sicherte ihm den zentralisierenden Bestrebungen gegenüber eine wesentliche politische Selbständigkeit, behinderte aber andererseits die Entfaltung aller Absichten der Modernisierung, welche die Erhebung der niedrigen Schichten erzielten. Csáky betont, daß die mit Wien fortwährend im Kampf stehenden ungarischen Stände um 1800 wesentlich offener zur Aufnahme der Freiheitsideen waren, als diejenigen politischen und gesellschaftlichen Tendenzen der Erbländer, die sich mit den Zersetzungen der Monarchie eher identifizierten.

Das ständisch-politische System des Landes förderte in großem Maße den Ausbau der liberal-demokratischen Strukturen, obwohl es später bei ihrer organischen Entwicklung teilweise auch hinderlich war. Eine entscheidende Rolle hatte die Tatsache, daß Ungarn der einzige Teil des Reiches war, der über eine lebensfähige Verfassung, über eine eigene, in die Richtung der selbständigen Staatlichkeit entwickelbare Verwaltung und über eine gewisse wirtschaftliche Autonomie verfügte. Als Ergebnis der Gestaltung der Formen der Gesetzgebung und der Regierung, die in vieler Hinsicht an den englischen Weg erinnerten, funktionierte das Land als eine ständisch-repräsentative Monarchie, in welcher die legislative Tätigkeit des Königs durch den Landtag in großem Maße eingeschränkt war. Der Landtag konnte so an der Wende des 18-19. Jahrhunderts ein geeignetes Forum der Gestaltung des bürgerlich-demokratischen Bewußtseins werden, wo die adeligen Abgeordneten von der demokratisch-adeligen Praxis des Komitats fortschreitend immer mehr als die Vertreter der Gesamtbevölkerung auftraten.

Den Stützfehler des dargestellten Mechanismus bezeichnet Csáky eindeutig in der Komitatsversammlung, die er als einen auf breitere gesellschaftliche Basis bauenden,

sich auf einer niedrigeren Stufe organisierenden Landtag aufbaute. Sein Hauptthema, der ungarische Adelige, der während seiner ausländischen Studienreisen die Ideen des frühen Liberalismus kennenlernte, trat auf dem Landtag nicht mehr einfach als Verteidiger der adeligen Privilegien auf, sondern versuchte die politischen Foren der adeligen Demokratie für die frühliberalen Ideen auszunutzen, und gegenüber dem ständischen Nationalismus den bürgerlichliberalen Nationalismus zu verbreiten. Die andere Eigenartigkeit der damaligen ungarischen Entwicklung war zugleich, daß in den Städten statt der Herausbildung einer demokratischen Verwaltung das spätf feudale Modell erstarrte, und die innere Struktur der Städte infolge ihrer oligarchischen Selbstverwaltung wenige Zeichen der Mobilität aufwies. Es ist kein Zufall, daß die Honoratioren in der Komitatsversammlung die Initiative ergriffen und die liberalen Reformbestrebungen statt der Städte in den Komitaten zustandekamen.

Die zweite Hälfte des Werkes befaßt sich mit der Entwicklung des *politischen Bewußtseins*. Es ist bekannt, daß sich von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im ganzen Europa lebhaft Diskussionen über die Notwendigkeit der Verfassung entfalteten. Csáky weist zwischen dem Entwicklungsstand des ständischen Repräsentationssystems der einzelnen Länder und ihrer Neigung zum modernen Konstitutionalismus einen unmittelbaren Zusammenhang auf. Er reiht Ungarn mit England, Skandinavien und Polen in die gleiche Kategorie ein, gegenüber den Erbländern, bei denen die ständische Vertretung, die für die Vorstufe des konstitutionellen Repräsentationssystems galt, vollständig fehlte, was letzten Endes die Herausbildung des frühdemokratischen ständischen Bewußtseins erschwerte.

Für die Debatten um die Verfassung in Ungarn war das Grunderlebnis die französische Aufklärung. Charakteristisch ist es, daß sich auch die Verteidiger der ständischen Verfassung auf antihabsburgische und den Adel als unentbehrlichen Bestandteil des Staates darstellenden Argumente beriefen. Sie schöpften zugleich auch aus den Ideen von Rousseau, da jene der eigenartigen ungarischen Verfassung nicht widersprachen, sogar eine Möglichkeit für die Neuerklärung ihrer Entstehung und für die Kündigung des mit dem Herrscher abgeschlossenen Vertrags boten. Eine entscheidende Wendung brachte in der Polemik die Deklaration

der Menschenrechte in Frankreich, infolge derer Wirkung sich der Ton immer mehr nach der Forderung der Liberalisierung des ungarischen Staates verschob. Am Anfang der 90er Jahre erlangten diejenigen Vertreter, die die ständische Verfassung weiterentwickeln wollten, also die Vorläufer des politischen Konservatismus einen großen Einfluß. Gleichzeitig meldeten sich aber die Rousseau, Paine und der französischen Verfassung folgenden ungarischen Jakobiner, die eine vollständige Umgestaltung der ungarischen Gesellschaft anstrebten, obwohl sich ihr Programm von dem der Franzosen grundlegend unterschied und sie es lange mit den adeligen Reformern hielten. Csáky analysiert das Werk von Gergely Bezevicsy als entscheidenden Beweis der Kontinuität der Periode zwischen 1790 und 1830. Er stellt den Politiker als einen konservativen Reformen dar, dessen sich vor allem auf Schläger und Montesquieu stützende Programm die am meisten charakteristischen theoretischen Forderungen der liberalen Bewegung der 30–40er Jahre vorwegnahm.

Die ungarländischen Verfassungsdebatten erhielten infolge der Entstehung des österreichischen Kaisertums eine neue Dimension. In dieser Situation stellte sich die Frage: wie die ungarische Verfassung in die Einheit der Gesamtmonarchie hineingefügt werden kann. Viele bezeichneten die Lösung in ihrer „Europäisierung“ bzw. in ihrer Einverleibung in das Reich. Andere (unter den ersten auch Palatin Joseph) suchten den Ausweg in einer Magyarisierung Österreichs, sie wollten also die Modernisierung der ungarischen Verfassung und die Neugestaltung der Gesamtmonarchie, wie im Jahre 1848, als einander gegenseitig voraussetzende Momente verbinden.

Der Autor stellt die Verbreitung der liberalen Ideen aufgrund der anonymen Schriften der 1810er Jahre dar, die mit einer charakteristisch liberalen Argumentation die Aufgabe des Staates in der Förderung des individuellen Glückes der Staatsbürger bestimmten und es auf die Freiheit, auf das Eigentum und auf die aktive Teilnahme im politischen Leben gründen wollten. Das Verhalten der Vertreter der modernen Ideen beeinflusste zur gleichen Zeit in großem Maße die sich nach 1812 entfaltende passive Resistenz der Komitate. Es verstärkte das Bewußtsein der Verantwortung für das Gemeinwohl und der kollektiven Zusammengehörigkeit und trug

letzten Endes zur größeren Anerkennung des Wertes der Verfassungsmäßigkeit bei. Die Trennung des Konservatismus und des Liberalismus, des ersten in der Form eines politischen Verhaltens, das sich auf einen Protest gegen die absolute Verwaltung beschränkte, des letzteren in der Attitüde, die auch den Grundfragen der Alltags eine starke Aufmerksamkeit widmete, wurde nach Csáky in diesen Jahren konkret ergreifbar.

Csáky befaßt sich auch mit der Wirkung Napoleons in Ungarn. Er stellt fest, daß die heimische Reaktion bis zum Ende widerspruchsvoll war, obwohl es am Anfang viele gab, die in den Bestrebungen des französischen Kaisers eine ideale Verflechtung des monarchischen Prinzips und der Freiheitsrechte sahen. Nach seinem Unternehmen in Spanien wurde es aber auch für seine Anhänger klar, daß man von ihm weder die Unterstützung der nationalen Unabhängigkeit, noch der sich aus der ständischen Verfassung entwickelten Freiheit erwarten kann. So blieb seine Proklamation 1809 ohne besonderen Widerhall.

Das Programm der Weiterentwicklung der ständischen Verfassung im Geiste des Liberalismus führte zu einer zeitgemäßen Umdeutung der nationalen Auffassung des Adels, zu einer Aufwertung der nationalen Werte. Als negatives Moment des Prozesses betrachtet Csáky die Erscheinung, daß sich die ursprünglich als Mittel erschienene Funktion der Sprache immer mehr verselbständigte und fast zum einzigen Kriterium der Nationalität wurde. Diese sich, unter anderem aus der herderschen Wirkung nährenden Tendenz bezeichnet er als die Quelle des „engstirnigen“ ungarischen Nationalismus. Er führt die Anfänge des „magyari“ genannten und die Erschaffung des ungarischen nationalen Staates erzielenden sprachlich-kulturellen Nationalismus bis Kazinczy zurück, und stellt ihm gegenüber eindeutig die „Hungarus“-Konzeption in den Vordergrund, da diese seiner Meinung nach in der Frage der Nationalitäten toleranter war und ein sich dem staatsrechtlichen Legitimus besser anpassendes Programm vertrat. Er hält Berzeviczy für den nahhaftesten Vertreter der Tendenz, der die wirtschaftliche Reform als die Voraussetzung aller wahren Veränderungen betrachtete, und die Modernisierung Ungarns nicht auf die Frage der Magyarisierung des Staates und der Gesellschaft beschränkte.

Der dritte Teil des Buches stellt die sich in der Sphäre der Kultur und des Unterrichts vollzogenen Wandlungen dar. Die kulturpolitische Konzeption der Aufklärung rekonstruierend untersucht Csáky die Regierung von Maria Theresia und Joseph II. Den eigentlichen Umbruch sieht er in den Jahren um 1800, als sich die Wirkung der in der Ratio Educationis niedergelegten Prinzipien zuerst zeigten. Er befaßt sich ausführlich mit den die Ratio Educationis kritisierenden, nach 1785 veröffentlichten Schriften und hält unter ihnen für das bedeutendste das 1793 erschienene Werk von Gábor Prónay, das die endgültige Beseitigung der ständischen Schranken und die Verbreitung einer überkonfessionellen, demokratischen Praxis der Erziehung betrieb. Die dargelegten Vorschläge bewahrten die demokratischen Momente der Ratio Educationis, und ihr Programm auf eine höhere Ebene erhebend bzw. auf eine breitere Basis legend forderten die konsequent liberale Reform des Unterrichtssystems.

Der Autor setzt sich auch mit den kulturellen Verhältnissen des Bauerntums, des Bürgertums, des mittleren Adels und der Aristokratie auseinander. Er hebt die Praxis der Gymnasien, die in die Richtung der Auflösung der ständischen Unterschiede und der Ausbildung einer einheitlichen bürgerlichen Gesellschaftsauffassung wirkte, besonders hervor. Die Bestimmung der über Selbstverwaltung verfügenden protestantischen Kollegien sieht er in der Entwicklung der liberal-demokratischen Anschauung und Attitüde.

Im zusammenfassenden Kapitel des Buches bekennt sich Csáky eindeutig zur Benennung der Epoche als „frühliberal“. Er findet es nämlich für entscheidend, daß bis das Menschen- und Naturbild der Aufklärung für die aus dem Naturrecht abgeleiteten bürgerlichen Freiheitsrechte auf einem allgemeinen theoretischen Feld in den Kampf zogen, diese in der untersuchten Periode immer mehr in liberalem Geist, als auf das Individuum konkretisierte positive Rechte formuliert wurden. Diese qualitative Veränderung wird durch die Modifizierung der Auffassung über die Freiheit und Gleichheit veranschaulicht: die Aufklärung ging vom Naturrecht aus, und die Unterschiede zwischen den Menschen leitete sie aus dem Gesellschaftsvertrag ab (dadurch bot sie eine Möglichkeit auch für die Legitimation der absolutistischen Selbstverwaltung), der

Liberalismus erzielte dagegen die konstitutionelle Sicherung der Freiheitsrechte der Individuen. Der Autor weist darauf hin, daß der frühe Liberalismus kein kohärentes Programm war, sondern ein Prozeß, in dem sich der Gehalt der Aufklärung konkretisierte, die ständischen Strukturen das Feld für neue, demokratische Strukturen vorbereiteten, und daß dieser Liberalismus der Anfang einer solchen ideologischen Richtungsänderung war, deren Entfaltung in Ungarn erst im 20. Jahrhundert erfolgte.

In der Untersuchung der Geschichte Ungarns von 1795 bis 1825 folgt Moritz Csáky den modernisierenden westlichen Bestrebungen, und verwendet universelle Gesichtspunkte. Mit seiner frischen Anschauung, mit seinen modernen methodischen Prinzipien und nicht zuletzt im Besitz einer gründlichen Kenntnis der Fachliteratur trägt er in großem Maße zur Erschließung der wahren Werte einer bisher nicht genügend untersuchten Periode bei.

Gábor Erdődy

ISTVÁN KÁLLAY

DIE VERWALTUNG DES GROSSGRUNDBESITZES IN UNGARN 1711 – 1848 A MAGYARORSZÁGI NAGYBIRTOK KORMÁNYZATA 1711 – 1848

Budapest, Akademie-Verlag, 1980. 337 S.

István Kállay, der die Bearbeitung des Verwaltungssystems des ungarischen Großgrundbesitzes 1711 – 1848 unternahm, macht den Leser mit einem bisher kaum untersuchten Gebiet der Behörden- und Amtsgeschichte bekannt. Er gebraucht das Wort „Verwaltung“, da der Großgrundbesitz nicht einfach für die wirtschaftlichen Aufgaben sorgte, sondern aufgrund der feudalen Gutsherrschaft auch administrative und gerichtliche Funktionen versah. Die Zeit zwischen 1711 – 1848 ist eine wichtige Epoche der Geschichte des Großbesitzes in Ungarn. Nach der Vertreibung der Türken begann die friedliche Arbeit im Lande, befestigte sich das System des Feudalismus. Im Vergleich zur vorangehenden Periode ergänzte sich die Aristokratie mit neuen Familien, und ihre Zusammensetzung stabilisierte sich allmählich. Die Gruppe der Großgrundbesitzer bestand hauptsächlich aus denselben Familien, so veränderte sich auch die Struktur der Verteilung des Großbesitzes nicht. Durch die Entwicklung der Produktivkräfte wurde ihr Gut und ihre Macht vermehrt.

Die Verwaltung der weit ausgebreiteten, oft zerstreuten Domänen erforderten infolge der Vermehrung der Bevölkerung, und daß die Wirtschaftsführung immer komplizierter wurde, die amtsmäßige Funktion eines immer qualifizierteren Apparates. So baute sich in dieser Periode dasjenige System der Gutsverwaltung aus, das eigentlich ganz bis 1945 bestand.

István Kállay teilt den Prozeß in drei Perioden. Gegenüber der früher vorherrschenden

den Einzelverwaltung erschien die kollegiale Form auf den ungarischen Großbesitzen in den 1710er Jahren. Das erste solche Organ, das gegenüber dem hochadeligen Unverständnis die Voraussetzungen der fachgemäßen Verwaltung sicherte, war der Offiziantenstuhl. Zu dieser Zeit wurden die einzelnen Domänen zu ständigen Amtssitzen der Güter (z. B. Kismarton im Falle der Fürsten Esterházy). Von den 1740er Jahren an wurde die Hierarchie der Verwaltung weiter ausgebaut. Die Großbesitzer teilten ihre Domänen nach geographischen Gesichtspunkten in Bezirke, und außer den zentralen und herrschaftlichen wurden auch bezirkliche Offiziantenstühle organisiert. Im Interesse der besseren Verwaltung und der Verbesserung der finanziellen Kontrolle brachte man Wirtschaftskommissionen und Oberbuchhalterien zustande. Zu dieser Zeit entstand auch die Funktion des Güterverwalters. Zwischen 1790 und 1848 entwickelten sich die schon existierenden Formen weiter. Da entstanden diejenigen operativen Organe, der Verwaltung, welche die Arbeit immer mehr amtsmäßig machten (z. B. die zentrale wirtschaftliche Kanzlei, das Regentenamt usw.). Die Entwicklung ging bei den einzelnen Familien ähnlicherweise vor sich, sie stellten sich mehr oder weniger in der gleichen Periode auf die entwickelteren Formen um.

In der Verwaltung der Besitze wurde die wichtigste Aufgabe den kollegialen Organen zuteil: dem Familientag, dem Offiziantenstuhl und der Wirtschaftskommission. Die adeligen Kleinbesitzerfamilien hielten